

Grosse Allianz für die Kleinen

Politiker von links bis rechts fordern bessere Bedingungen für Kinderärzte und -spitäler.

Maja Briner

Der Dreijährige hustet, das Atmen fällt ihm schwer. Ein Asthmaanfall. Der Vater bringt ihn zur Kinderärztin. Mit viel Geduld schafft sie es, ihm die Angst vor dem Inhalieren zu nehmen. Dadurch muss der kleine Patient nicht ins Spital. Ein Erfolg. Nur: Finanziell ist die Bilanz für die Ärztin schlecht. Sie kann nicht ihren ganzen Zeitaufwand verrechnen – das lässt das Tarifsystem nicht zu.

Es sind solche Beispiele, welche Experten der Kinder- und Jugendmedizin nennen, um ihre politischen Forderungen zu untermauern. Nun will eine breite Allianz diesen zum Durchbruch verhelfen: Sieben National- und Ständeräte aus allen Fraktionen haben kürzlich Vorstösse eingereicht, in denen sie eine Stärkung der Kinder- und Jugendmedizin fordern – von Maya Graf (Grüne) über Ruth Humbel (CVP) bis zu Verena Herzog (SVP). «Unser Ziel ist es, überparteilich Druck zu machen», sagt Herzog. Dass Politiker von links bis rechts mitmachen, zeige die Bedeutung des Anliegens.

Leiden könnten die Patienten

Auch die Akteure haben sich zusammengeräuft. Im Auftrag der parlamentarischen Gruppe für Kinder- und Jugendmedizin haben Kinderärzte, -chirurgen, -psychiater und -spitäler ihre wichtigsten Forderungen kürzlich in einem Papier aufgelistet. Eine davon: Die Tarife müssten besser berücksichtigen, dass die Behandlung von Kindern mehr Zeit brauche als bei Erwachsenen. Heute sind die Tarife zum



Bei kleinen Patienten ist viel Geduld und Zeit gefragt. Bild: Martin Tongi

Teil die gleichen. Die Folge: Ärzte können nicht all ihren Aufwand verrechnen. Die Kinderspitäler etwa klagen über tieferen Zahlen im ambulanten Bereich. Gemäss Berechnungen der Allianz Kinderspitäler schrieben die Kinderspitäler Zürich, Basel, St. Gallen, Bern, Lausanne und Genf 2018 ein Defizit von rund 60 Millionen Franken im ambulanten Bereich.

Martin Vollenwyder, Stiftungsratspräsident des Kinderspitäls Zürich und früherer FDP-Stadtrat, warnt vor den Folgen dieser Situation. «Wir schaffen immer schlechtere Voraussetzungen, weil in allen Bereichen Kostenoptimierungen vorgenommen werden müssen.» Diese könnten unter anderem zu mangelhafter Betreuung der kleinen Patientin-

tungen. «Es geschieht aber relativ häufig, dass wir auf den Kosten sitzen bleiben.» Das führe dazu, dass die Ambulatorien der Kliniken nicht rentierten.

Umstrittener Tarif-Eingriff des Bundesrats

Die parlamentarische Gruppe für Kinder- und Jugendmedizin will das nun ändern. FDP-Ständerat Damian Müller verlangt in einer Motion, dass der grössere Zeitaufwand bei den Tarifen berücksichtigt wird. «Heute werden Kinderärzte – vor allem im ambulanten Bereich – nicht für das entschädigt, was sie tatsächlich leisten», kritisiert er. So komme es zu einer Quersubventionierung, die eigentlich nicht vorgesehen sei.

Auch CVP-Nationalrätin Humbel geht davon aus, dass im ambulanten Bereich gewisse Leistungen ungenügend abgedeckt sind. «Bei Kindern ist sicher wichtig, die Zeit für Behandlungen beim Kinderarzt in der freien Praxis genügend zu entschädigen», erklärt sie. Das stärke die Grundversorgung und dürfte Spitalaufenthalte reduzieren.

Umstritten ist, inwieweit der Bundesrat die Lage verschärft hat. Die Kinderspitäler klagen, mit seinem Eingriff in den Ärztetarif Tarmed habe er die Situation noch verschlechtert. Der Bundesrat weist den Vorwurf zurück. Und das Bundesamt für Gesundheit verspricht: Der Bundesrat werde «auch künftig im Rahmen seiner Kompetenzen auf die Tarifstrukturentwicklung der Kindermedizin ein besonderes Augenmerk legen». Angesichts des politischen Drucks dürfte er dazu gezwungen sein.

Nun weiss man immerhin, wie viel Pirmin Bischof bezahlt hat

Der lange Schatten des Kantonalbank-Debakels holt den Solothurner Ständerat vor edem Wahlgang wieder ein.

Die «alte Geschichte»: Sie holt ihn immer wieder ein. Spätestens alle vier Jahre, wenn wieder eidgenössische Wahlen anstehen. So wie jetzt, wenn CVP-Ständerat Pirmin Bischof, 60, zur Wiederwahl antritt. Diesmal stochert die «Wochezeitung WOZ» in den Wunden. Die «alte Geschichte»: Das ist Bischofs Vergangenheit bei der Solothurner Kantonalbank (SKB). Die Staatsbank geriet nach der Übernahme der maroden Bank in Kriegstetten (BiK) vollends in Schieflage und musste per 1995 privatisiert werden. Wegen der Staatsgarantie verlor der Kanton rund 400 Mio. Franken – mehrere Sparprogramme folgten.

Beim Crash 1994 war der damals 35-jährige Anwalt seit zwei Jahren Vizepräsident des Bankrates und Mitglied der Bankkommission. Im Bemühen um Schadensminimierung, verlangte der Kanton in Vergleichsverhandlungen Schadenersatz. Die Androhung von Klagen wegen «pflichtwidriger Unvorsichtigkeit» hatte Erfolg: Sieben frühere Manager und Mitglieder des Aufsichtsgremiums leisteten 2,5 Mio. Franken. Mit der expliziten Feststellung, dass die Zahlung keineswegs einem Schuldeingeständnis gleichkomme.

Bischof zahlte im Rahmen des Vergleichs 112 500 Franken

Unter den Zahlern: Pirmin Bischof – wie seinerzeitigen Berichten der «Solothurner Zeitung» zu entnehmen ist. In der neuesten Ausgabe der «WOZ» wird nun aber kolportiert, Bischof habe «jahrelang behauptet», dass er «keine Vergleichszahlung» habe bezahlen müssen. Aber, so will die «WOZ» erst jetzt herausgefunden haben: «Pirmin Bischof



Pirmin Bischof, CVP. Bild: Key

hat gezahlt – und zwar 112 500 Franken.» «Ich habe nie behauptet, dass ich nichts bezahlt habe», reagiert Bischof auf Anfrage dieser Zeitung erstaunt auf die «WOZ»-Darstellung, die das Blatt bereits in einem Artikel von Juni 2010 verbreitet hatte. Warum hat er den Autor der aktuellen Geschichte nicht auf die Fehlannahme aufmerksam gemacht? Bischof: «Ich hatte in dem kurzen Gespräch mit dem Journalisten nicht den Eindruck, dass er an einer objektiven Berichterstattung interessiert gewesen ist.»

Immerhin etwas Neues fand die «WOZ» aber wirklich heraus: Nämlich die Höhe der Summe, die Bischof seinerzeit beige-steuert hat. Die Zahl von 112 500 Franken wird von ihm auf Anfrage «nicht dementiert». Man habe damals eine Verschwiegenheitserklärung unterzeichnet, an diese wolle er sich halten, so Bischof. Und wie erklärt er sich, dass die Kantonalbank-Geschichte erneut hochgekocht wurde? Bischof: «Ganz einfach: Es ist Wahlkampf.»

Und tatsächlich: Die SVP hat den «WOZ»-Steilpass dankbar aufgenommen: Sie macht Bischof mitverantwortlich, dass Solothurn bis heute ein armer Kanton geblieben sei.

Urs Mathys

ANZEIGE

Wochenend-Knaller

Gültig am 4. und 5. Oktober 2019

20%

auf alle Biere
und Zweifel-Chips* –
auch auf bestehende Aktionspreise!

*Nicht mit anderen Gutscheinen
und Bons kumulierbar.
Solange Vorrat.

Denner falsches Schweinsfilet
2 Stück, ca. 700 g, per 100 g



43%
1.29 statt 2.29*

Epicuro Primitivo di Manduria DOP

2018, Apulien,
Italien, 6 x 75 cl

Kunden-Rating:
★★★★★



40%
35.80 statt 59.70

Einzelflasche: 6.– statt 9.95

Vogue Superslims

• Bleue
• Lilas
• Menthe
Box, 10 x 20 Zigaretten



- 8 Fr.
87.– statt 95.–*

Einzelpackung: 8.70 statt 9.50*

*Konkurrenzvergleich

Solange Vorrat / Druck- und Satzfehler vorbehalten / jetzt abonnieren: denner.ch/newsletter

Einer für alle **DENNER**

Das Genfer Kettensägen-Massaker

In der teuersten Stadt der Schweiz werden reihenweise Bäume gefällt, um 50 000 Wohnungen Platz zu machen. Nun regt sich Widerstand.

Benjamin Weinmann aus Genf

Hermann Hesse müsste weinen. Der deutsch-schweizerische Schriftsteller prägte einst den Satz: «Nichts ist heiliger, nichts ist vorbildlicher als ein schöner, starker Baum.» Doch in Genf haben die Bäume derzeit einen schweren Stand. Denn die Stadt baut, und baut, und baut. Oftmals an Orten, wo bisher Laub- und Tannenbäume für eine grüne Umgebung sorgen. Sie segnen dieser Tage gleich reihenweise das Zeitliche.

Um die Existenz von Bäumen ist in Genf seit einiger Zeit ein heftiger Streit entbrannt. Es vergeht fast keine Woche, ohne einen Artikel über den Zwist. Die Baum-Debatte dominiert den Blätterwald. Der Chefredaktor der «Tribune de Genève» forderte von der Politik mehr Achtsamkeit. Und diese Woche prangerte die Tageszeitung GHI die Abholzung gar auf der Frontseite an: «Das Kettensägen-Massaker der Bäume».

Das Blatt, für seine reisserischen Titel bekannt, trumpfte mit neuen Zahlen auf und stützte sich dabei auf eine Auswertung der Online-Plattform Pili-public.com. Demnach sind in der Stadt seit Anfang Jahr zwischen 800 und 1600 Bäume gefällt worden – eine Steigerung von bis zu 260 Prozent gegenüber der Vorjahresperiode. Ganz genau lasse sich das Massaker nicht beziffern, auch weil die Stadt die genauen Zahlen nicht publizieren wolle.

«Wir müssen den Druck auf die Politik erhöhen»

Dass der Bestand an rund 40 000 Bäumen gemäss offiziellen Angaben stabil bleibt, ändert nichts am Aufschrei. Praktisch bei jedem neuen Bauprojekt, dem Bäume zum Opfer fallen, kommt es zu öffentlichen Protesten. An vorderster Front dabei ist Jean Hertzschuch, Präsident der Organisation «Sauvegarde Genève» (Deutsch:



Das Quartier Allières mit seinen alten Bäumen und Villen muss neuen Wohnungen weichen.

Bild: Thierry Parel (Genf, 22. September 2019)

Bewahrung Genfs). «Wir müssen den Druck auf die Politik dringend erhöhen, sonst verliert das Genf seinen Vorzeigecharakter als grüne Stadt.» Schliesslich habe der UNO-Weltklimarat seinen Hauptsitz hier. Das verpflichte umso mehr.

«Sauvegarde Genève» hat sich online formiert, zählt Hunderte Mitglieder und ist inzwischen eine unter vielen Protestgruppierungen, die Druck auf die Politik ausüben. Auch Lokalpolitiker aus der linken und rechten Ecke haben sich den Protesten angeschlossen. Sogar über ein Moratorium für weitere Rodungen musste das Parlament debattieren. Und Ende November kommt es bei zwei Projekten zu einer Referendumsabstimmung.

«Dieser Anblick tut weh», sagt der 60-jährige Hertzschuch beim Spaziergang durch das Quartier Allières mit zittriger Stimme. Hier hat die Regierung vor einigen Tagen damit begonnen, alte Villenhäuser abzubrechen, alte Villenhäuser abzubrechen und mehr als 60 Bäume zu fällen – viele davon sind laut Hertzschuch über 100-jährige Gewächse. «Es war ein kleiner Wald, eine Oase, und jetzt ist alles weg.» Das Gelände ist grossräumig abgesperrt. Bagger fahren über die Erde, die wegen des einsetzenden Regens matschig geworden ist. 400 Wohnungen sollen hier entstehen.

Die Öko-Kritik zielt auf einen grünen Minister

Allières wird nicht das letzte umstrittene Projekt bleiben. Denn

die Bauarbeiten gehen weiter. 2013 hatte der Kanton beschlossen, bis 2030 rund 50 000 neue Wohnungen zu bauen, um die Misere im Genfer Wohnungsmarkt zu lindern. Heute ist die Rede von über 120 000 Haushalten, die im günstigeren Frankreich leben, aber zur Arbeit nach Genf fahren – ein Viertel davon sind Schweizer. Für viele von ihnen sind die exorbitanten Mietpreise in der stark wachsenden Calvin-Stadt unerschwinglich geworden. So kostet eine Drei-Zimmer-Mietwohnung laut einer aktuellen Analyse des Vergleichsdienstes Comparis monatlich sogar 300 Franken mehr als im teuren Zürich.

Pikant macht den Streit, dass die Protestierenden mit ihrer Öko-Kritik ausgerechnet

auf einen grünen Politiker zielen: Antonio Hodgers, Präsident der Genfer Kantonsregierung. Dieser wiederum sah sich zuletzt mehrfach gezwungen, sich zu den Protesten zu äussern. Dabei argumentiert auch er auf der ökologischen Ebene. Das verdichtete Bauen sei dringend notwendig. So müsse das Ziel sein, den umweltschädlichen Grenzgängerverkehr zu minimieren, der täglich für verstopfte Strassen in der Stadt und in der Umgebung sorgt.

Zudem würden die Kritiker egoistisch handeln, sagte der Magistrat diese Woche gegenüber «Radio Lac». Es sei heuchlerisch zu verlangen, dass hier alles grün bleiben müsse, dafür die Nachbarn in Frankreich mehr bauen sollen. Und in der

Zeitung «Le Temps» stellte Hodgers die älteren Protestierenden in die fremdenfeindliche Ecke. Sie würden in erster Linie die Zuwanderung begrenzen wollen. Ecopop lässt grüssen.

«Dass wir rassistisch sein sollen, ist lächerlich», sagt Hertzschuch. Er bleibt an einer Ecke stehen, von wo man bis vor zwei Wochen eine Villa sah, ein Bauwerk aus dem 19. Jahrhundert, dessen Abbruch auch zu Kritik von Architekten und Historikern geführt hat. Hodgers würden offensichtlich die Argumente ausgeben, sagt Hertzschuch. Es sei illusorisch von ihm zu glauben, dass die ausgewanderten Schweizer zurück nach Genf kämen. Denn im günstigeren Frankreich könnten sich die meisten ein Haus leisten. «Sie werden dieses nicht für eine Mietwohnung aufgeben.»

Die Genfer Jugend protestiert lieber anderswo

Und was ist mit dem Argument der Regierung, dass für jeden gefällten Baum ein neuer gepflanzt wird? «Sie sind kein Ersatz für die über 100-jährigen Bäume, und das werden sie auch nie sein», sagt Hertzschuch. Denn die Regierung pflanze sie oftmals an Orten, wo sie in 20 oder 30 Jahren wieder gefällt werden müssten, da sie dann zu gross würden. «Ihre echte ökologische Wirkung als Luftreiniger und Schattenspendler werden sie nie entfalten können.»

Hertzschuch ist geladen – emotional und mit politischen Vorstössen. Seine Sichtmappe ist voll mit Flyern für künftige Petitionen. «Wir werden weiter kämpfen.» Die nationalen Klimaproteste – zuletzt mit knapp 100 000 Personen in Bern – geben ihm Hoffnung. Nur: Zu den Anhängern von «Sauvegarde Genève» gehören vor allem ältere Bewohner. «Die Jungen interessieren sich zwar fürs Weltklima, und das ist gut, aber es wäre schön, sie würden sich auch dafür einsetzen, was vor ihrer Haustür geschieht.»

Juso und Gewerkschaftsboss kritisieren Ideen der SP-Reformer

Die Forderung der SP-Reformplattform nach flexibleren Höchstleistungszeiten für KMU provoziert harsche Reaktionen.

Erleichterungen bei der Unternehmensgründung und ein flexibleres Arbeitsrecht – das sind Forderungen aus dem Positionspapier zum Thema KMU, das der SP-Reformflügel um den Zürcher Ständerat Daniel Jositsch diese Woche veröffentlicht hat.

Im Papier wird nicht mit Kritik an der gegenwärtigen sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik gespart. So heisst es etwa: «Ein vertieftes Verständnis für die spezifischen Erfordernisse der KMU fehlt über weite Strecken.» Bei der Präsidentin der Jungsozialisten, Ronja Jansen, kommen diese Zeilen gar nicht gut an: «Zu behaupten, in der SP mangle es an Verständnis für die KMU, ist ab-

surd.» Auch bei kleinen Unternehmen stünden für die Partei die Rechte der Arbeitnehmer im Zentrum. Die Reformplattform hingegen stehe offenbar für die Interessen der Eigentümer ein, so Jansen. «Jositsch und Co. haben ihren politischen Kompass verloren.» Die Juso-Präsidentin stört sich vor allem am Vorschlag, die Wochen-Höchstleistungszeit zu flexibilisieren. Diese beträgt heute je nach Branche 45 oder 50 Stunden. Gemäss den SP-Reformern könnte die Obergrenze in Kleinunternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitenden während maximal zwei Wochen überschritten werden, wenn das KMU den Arbeitnehmenden in einem anderen Bereich ent-

gegenkommt – etwa mit einem höheren Lohn.

Maillard: «Absolut inakzeptabel»

Auch für den SP-Politiker und Gewerkschaftspräsidenten Pierre-Yves Maillard ist eine Lockerung des Arbeitsgesetzes «absolut inakzeptabel». Die Arbeitgeber hätten schon heute einen grossen Spielraum. So kann die 45-Stunden-Woche um bis zu vier Stunden verlängert werden, sofern der Durchschnitt über vier Wochen doch 45 Stunden beträgt. «Angestellte klagen über zunehmenden Stress und über die immer schwieriger werdende Trennung von Arbeits- und Privatleben», sagt Maillard. Deshalb brauche es

«Jositsch und Co haben ihren politischen Kompass verloren.»



Ronja Jansen
Präsidentin Jungsozialisten

eine Stärkung des Arbeitnehmerschutzes. Im aktuellen Wirtschaftskonzept der SP Schweiz wird die 35-Stunden-Woche als Ziel genannt. SP-Nationalrat Cédric Wermuth (AG) steht einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten ebenfalls skeptisch gegenüber: «Erfahrungen in der Schweiz, beispielsweise aus dem Detailhandel, zeigen, dass Lockerungen des Arbeitsgesetzes zulasten der Angestellten und ihrer Gesundheit gehen.» Der Vorschlag des Reformflügels sei aber auf jeden Fall besser als die von den Bürgerlichen angestrebte «Totalliberalisierung», so Wermuth. Die Wirtschaftskommission des Ständerats will die Bestimmungen für Vorge-

setze und Fachspezialisten ändern. Für sie soll die Höchstleistungszeit von 45 Stunden nur im Jahresdurchschnitt gelten. Die Wochenarbeitszeit könnte bis zu 67 Stunden betragen. Ansonsten äussert sich Wermuth wohlwollend zum Papier der Reformplattform. Dieses enthalte legitime Forderungen wie jene nach einer öffentlichen Anschubfinanzierung für neue Unternehmen. «Die Frage, ob die SP sich stark genug für die KMU einsetzt, darf man stellen.» Er begrüsse Vorschläge, an denen sich die Partei reiben könne, so Wermuth. «Die Reformplattform ist eine Bereicherung.»

Tobias Bär